



In eigener Sache



(Foto: Karina Palgen)

Geheimniskrämerei

Leider wird in Pulheim nicht mit offenen Karten gespielt. Nachdem das Rechnungsprüfungsamt (RPA) im Jahr 2011 das Vergabeverfahren in Sachen Bäderlandschaft geprüft hatte, behauptete Bürgermeister Keppeler in einer öffentlichen Bürgerversammlung, alles sei einwandfrei und fehlerlos gelaufen.

Doch vom Bericht des RPA durfte sich außer den Ratsmitgliedern niemand persönlich ein Bild machen. Denn Keppeler erklärte den Bericht des RPA einfach für nichtöffentlich, also geheim.

Und das mit gutem Grund: Denn das RPA hatte noch zahlreiche Beanstandungen, von denen lieber nichts an die Öffentlichkeit dringen sollte. Das prangerte das Verwaltungsgericht Köln jetzt an. Wenn schon geheim, dann hätte sich auch Bürgermeister Keppeler daran halten müssen.

Hinzu kommt: Es gibt keinen Grund für Geheimniskrämerei. Das sieht auf jeden Fall der Beauftragte des Landes für Datenschutz so. Entsprechenden Forderungen des Beauftragten widersetzt sich der Bürgermeister aber bis heute.

Man wünscht dem Bürgermeister da mehr Souveränität und Offenheit.

Thomas Roth
Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat
fraktion@gruene-pulheim.de

Brauweiler



Der Guidelplatz. Blick von der Abtei auf die geplanten Bauten an der Nord- und Westseite des Platzes, Entwurf: Ralf Hatzmann

Ortszentrum von Brauweiler Wird eine Vision Wirklichkeit?

Seit 15 Jahren wird geplant. Doch statt eines schönen Zentrums klafft bis heute eine hässliche Baulücke, unvermindert flutet lärmender Autoverkehr durch die Ortsmitte, ein Rechtsstreit mit Anwohnern verzögert den Baubeginn, Informationen aus dem Pulheimer Rathaus fließen nur spärlich. Zu Recht werden Bürgerinnen und Bürger ungeduldig. Nun lassen neue Entwicklungen hoffen; nie war Brauweiler einer Lösung näher.

Treffpunkt Guidelplatz, unter Schatten spendenden Sonnenschirmen sitzen, auf einem ansprechend gestalteten, autofreien Platz bei Kaffee oder Eis den Anblick der barocken Abteifassade genießen, dezent und fast störungsfrei rollt der Verkehr am Ende des Platzes, Gastronomie lädt zur Einkehr, attraktive Läden und Boutiquen locken zum Einkaufsummel, Kinder spielen an einem Brunnen, Maler präsentieren in Ateliers ihre Werke, über einen weiteren Platz lässt sich das Abteicenter leicht erreichen...

Ein Traum oder demnächst Wirklichkeit? Die Planungsvoraussetzungen sind geschaffen, ein Investor steht zur Ausführung bereit, die erforderlichen Verträge sind geschlossen. Doch bisher hat sich außer dem Abriss von Altbauten nichts geändert. Eine Internetseite titelt zutreffend: „Nichts Neues von der Brache“.

Bis heute war es ein langer und Geduld raubender Prozess, von Fehlschlägen und Misserfolgen begleitet. Auch genoss die Ortskernentwicklung von Brauweiler nicht immer höchste Priorität in der Pulheimer Verwaltung und Politik. Entscheidende Impulse gab 1998 ein Workshop namhafter Masterplaner unter dem Titel „Brauweiler 2010 - Entwicklungsperspektiven für die Ortsmitte von Brauweiler“.

Lange dauerte es, bis die Erkenntnis reifte, dass nur eine Gesamtlösung für den Zentrumsbereich Sinn macht, ein Architektenwettbewerb durchgeführt wurde und der zur Realisierung erforderliche Grunderwerb erfolgte.

Vergeblich verlief aber zunächst die zeitaufwendige europaweite Suche der Stadt nach einem Investor. Neue Hoffnung weckte 2009 das Interesse der Gold-Kraemer-Stiftung an dem Projekt und deren Idee, in Verbindung mit Mietwohnungen und Einzelhandelsflächen Künstlerwohnungen und Ateliers zu errichten. Das Engagement der Stiftung für Brauweiler darf nach Auffassung der Grünen als Glücksfall gewertet werden.

Viele Initiativen gingen der Beauftragung der Stiftung voraus. Bereits vor Jahren machte die Lokale Agenda 21, eine Vereinigung engagierter Bürgerinnen und Bürger, deutlich, dass eine Aufwertung des Ortszentrums nicht ohne eine Verkehrsentslastung möglich ist. Sie wies auch auf die Möglichkeit einer Abstufung der durch den Ort führenden L 213 hin und schlug bereits eine einheitliche Gestaltung von Guidelplatz und Abteigelände vor. **Fortsetzung auf S. 3**

Aus dem Inhalt

Guidelplatz: Wird eine Vision Wirklichkeit? → S. 1, 3

Interview: Hans Jakob Wolff, ehemaliger Ortsvorsteher von Pulheim, zum Neubau des Hallenbades → S. 2

Schulen: Was kostet die Bildungslandschaft Pulheim → S. 2

Einzelhandel: Der Schutz der Ortszentren ist in Gefahr → S. 3

Braunkohle: Der fahrlässige Umgang mit unserer Zukunft → S. 3

Strompreislüge: Nicht die erneuerbaren Energien sind Schuld → S. 4

Machen Sie mit!

Grünzeug sucht engagierte Bürgerinnen und Bürger zur freien Mitarbeit!

Rathaus

Bürgerwille nicht gefragt

Wir Ratsvertreter sind für 5 Jahre gewählt worden. In der Zeit dürfen wir entscheiden, wie wir wollen. Nach diesem Motto agieren CDU und FDP derzeit in der Frage, wo das neue Hallenbad stehen soll – in Pulheim oder in Stommeln. Obwohl sich in einer Unterschriftenaktion inzwischen ca. 8000 BürgerInnen und Bürger für den Standort Pulheim ausgesprochen haben (immerhin über 15 Prozent der Bevölkerung), lehnen CDU und FDP eine offizielle Befragung der Bevölkerung ab. In der letzten Ratssitzung erteilten sie einem Bürgerentscheid eine Absage. Die Mehrheit des Rates entschied sich für den Standort Stommeln.

Besuchen Sie die nächste Ratssitzung am Dienstag, **18. Dez. 2012, 16 Uhr**
Adresse: Rathaus, Alte Kölner Straße 26, Pulheim.

U3-Betreuung



Foto: pixello

U3-Betreuung: Wie plant Pulheim?

Ab August 2013 besteht auch für Ein- und Zweijährige Kinder ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Pulheim plante einen Großteil der U3-Plätze auf den letzten Drücker. Und nun kommt die Umsetzung noch ins Stocken.

Bis 2013 sollen rund 450 Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung stehen. Dazu wurden bereits einige Kita's umgebaut, weitere folgen noch in 2013, zwei komplette Neubauten sind in der Planung. Somit sollen für 35 Prozent der U3-Kinder Betreuungsplätze geschaffen werden. Ob diese ausreichen, hängt vom tatsächlichen Bedarf ab, der Mitte 2012 abgefragt wurde. Dabei zeichnete sich ein deutlich höherer Bedarf ab. Unklar ist zudem, ob die geplanten 35 Prozent noch rechtzeitig erreicht werden. Die beiden neuen Kita's wurden sehr kurzfristig für 2013 geplant. Wegen der vom Rat vorgesehenen Neuplanung und Umsetzung mit ÖPP (Öffentliche-Private-Partnerschaft),

ist der Eröffnungstermin im August 2013 kaum noch möglich. Wichtig ist, dass dem Bedarf entsprechende Plätze geschaffen werden. Auch für überdreijährige Kinder dürfen keine Engpässe entstehen. Ebenso wenig darf die Qualität der Betreuung leiden, etwa durch höhere Kinderzahlen pro Gruppe. In den ersten 3 Jahren benötigen Kinder eine sehr intensive und personenbezogene Betreuung. Darauf müssen sich Eltern verlassen können. Mängel können sich schließlich auf das ganze Leben der Kleinsten auswirken. Aus diesem Grund lehnen die Grünen auch eine Betreuung von Kita's durch Private Investoren (ÖPP) auf das Schärfe ab. **Dr. Axel Nawrath, Ratsmitglied**

STUNDENPLAN					
ZEIT	HONIG	DIENSTAG	MITTEWOC	DONNERSTAG	FREITAG
1.	DEUTSCH	RELIGION	ERDKUNDE	LATEIN	GESCHICHTE
2.	DEUTSCH	MATHE	ENGLISCH	MATHE	CHOR
3.	GESCHICHTE	MATHE	CHEMIE	ENGLISCH	LATEIN
4.	LATEIN	SPORT	DEUTSCH	ENGLISCH	DEUTSCH
5.	ENGLISCH	KUNST	LATEIN	SPORT	ENGLISCH
6.	ERDKUNDE	KUNST	RELIGION	SPORT	MATHE
7.				CHEMIE	

Was kostet die Bildungslandschaft Pulheim

Erinnern wir uns - viele tausende Bürger/Innen in Pulheim wünschten sich eine eigene Gesamtschule. Die Anmeldezahlen an der privaten Schule in Stommeln und den umliegenden Schulen bestätigen dies erneut zum Beginn des Schuljahres.

Warum ist das so?

Die Antworten auf diese Frage sind sehr vielfältig. Die Einen wünschen sich für ihre Kinder eine weniger stressige Schulzeit und das Abitur in bewährten 9 Jahren, die Anderen eine Chance auf eine spätere Entwicklung, als eine Festlegung der schulischen Laufbahn nach 4 Grundschuljahren. Dies aber wollten die politischen Kräfte in Pulheim nicht - „zu teuer“ hieß es.

Was wird kommen?

Nun scheint aber doch Geld für Bildung zu existieren. Zum einen beschloss der Rat der Stadt Pulheim eine Sekundarschule in Brauweiler. Diese ist quasi die kleine Schwester der Gesamtschule, muss aber ohne eigene Oberstufe auskommen. Sie muss mit einem Gymnasium kooperieren. Dies ist in unserem Fall das Abteigymnasium in Brauweiler. Hierzu muss die alte Realschule (die dann wegfällt) um Klassenräume erweitert werden. Und auch die erst vor kurzem errichtete Mensa muss erweitert werden.

Kommt die Sekundarschule?

Um die Akzeptanz der Sekundarschule zu erhöhen, pries die Verwaltung diese Schule über zahlreiche Informationsquellen als besonders an. Sie will nämlich die Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen lassen. Bildungsforscher attestieren, dass dies sehr sinnvoll ist und Vergleichsarbeiten an Gesamtschulen bestätigen das.

Schade nur für Pulheim ist, dass die Steuergruppe diese Form nicht favorisiert hat, sondern die Schulkonferenz selbst entscheiden soll, wie es aber der 7. Klasse weiter gehen wird. Die Eltern melden also an, ohne zu wissen, wohin die Reise gehen wird. Das wird Qualität kosten. Und damit rühmen wir uns doch so sehr in Pulheim.

Reformpädagogische Modellschule

Parallel dazu arbeitet eine andere Steuergruppe an einem Konzept für eine reformpädagogische Modellschule. Dies ist wahrscheinlich die beste Nachricht für Pulheim. Denn diese Schule fördert das eben gepriesene längere gemeinsame und inklusive Lernen im Besonderen. Zur Zeit können sich Kommunen bei der Landesregierung bewerben, welche auf alternative Lernkonzepte setzen. Für Pulheim ist in der Planung, dass man an einer Grundschule in Stommeln beginnt und nach einigen Umbauarbeiten die Schule in den Standort der jetzigen Hauptschule umziehen lässt. Wollen wir hoffen, dass man sich zu dieser Schule auch noch bekennen wird, wenn man die konkreten Kosten kennt.

Anja v. Marenholtz, ProGesamtschule Pulheim u. sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Bildung, Kultur, Freizeit und Sport

Anzeige

DTP · Digitale Druckvorstufe · CtP-Belichtungs-Service
 Mehrfarben-Offsetdruck · Buchdruck
 Stanzarbeiten · Buchbinderische Verarbeitung · Loseblattwerke

Sutorius Printmedien GmbH & Co. KG
 Blériotstraße 8 · 50827 Köln
 Telefon 02 21 59 23 24 / 59 40 05 · Telefax 02 21 59 38 90
 Email: info@sutorius-printmedien.de

Wir sind lizenziert für:

FSC
 PEFC
 Print kompensiert

„Der Sport geht baden“

Der gebürtige Kölner Hans Jakob Wolff, 79, saß mehr als 20 Jahre lang für die CDU im hiesigen Stadtrat. Von 2004 bis 2012 war er Ortsvorsteher von Pulheim und Orr. Heute ist Wolff, Träger des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, stolz auf seine drei Kinder und acht Enkel. Die Politik in Pulheim verfolgt er nach wie vor – besonders mit Blick auf den Sport.

GRÜNZEUG: Herr Wolff, wieso treibt Sie das Thema Sport so um?

WOLFF: Weil ich 15 Jahre lang, bis 2004, den Sportausschuss des Stadtrats geleitet habe. Wir waren für alle Sportanlagen in Pulheim zuständig und haben, zusammen mit dem damaligen Dezernenten Gerhard Dornseifer, viel in und für die Kommune bewegt.

GZ: Offenbar ging es dabei sehr harmonisch zu in der Politik. Sie betonen, dass Sie als Vorsitzender keine einzige Kampf-abstimmung im Sportausschuss erlebten. Woran lag das?

WOLFF: Wir haben mit allen Betroffenen gesprochen – und zwar frühzeitig. Etwa bei der Anlage eines neuen Bolzplatzes oder der Renovierung einer Sporthalle: Gemeinsam mit Vereinen und Verantwortlichen überlegten wir ein Konzept. Darüber gab es dann auch keinen Streit im Ausschuss und die Sitzungen dauerten höchstens zehn Minuten.

GZ: Alle?

WOLFF: Nein, einmal diskutierten wir deutlich länger. Als es um die Frage ging, ob ein Formel-1-Weltmeister von der Stadt Pulheim geehrt werden darf. Die Grünen waren als einzige Fraktion dagegen, konnten sich aber nicht durchsetzen.

GZ: Sollten die Menschen in unserer Stadt stärker in die Entscheidungen eingebunden werden?

WOLFF: Nein. Ich bin ja bei den ganzen schrecklichen Fragestunden in den Ausschüssen und im Rat dabei gewesen. Die Beteiligung von so vielen Menschen ist in der Sache nicht hilfreich und führt zu gravierenden Verzögerungen.

GZ: Die kurzen Sitzungen unter Ihrer Leitung haben letztlich dazu geführt, dass der Sportausschuss seine Eigenständigkeit verlor. Heute sind seine Themen nur noch Teil des Ausschusses für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit.

WOLFF: Ja, das bedaure ich sehr. Die Sportangelegenheiten gehen heute leider etwas unter.

GZ: Womit wir beim Thema Schwimmbäder wären. Was ist zu tun?

WOLFF: Ich weiß nur, dass die finanzielle Situation nicht klar ist. Ich würde die Bäder reparieren und sehen, wie lange sie halten. Auch das bestehende Hallenbad, solange gesichert ist, dass die Decke nicht herunterfällt.

GZ: Das Hallenbad wird aber neu gebaut. Wo sollte es Ihrer Meinung nach hin?

WOLFF: Ich habe nichts dagegen, es wie geplant in Stommeln anzusiedeln, wenn das finanzierbar ist. Das Grundstück dort ist sicher besser geeignet als das in Pulheim. Ich sage „Ja“ zu jeder vernünftigen Planung, durch die sich unsere Stadt nicht unangemessen verschuldet.

GZ: Bisher deckelt der Rat den jährlichen Zuschuss auf 1,2 Millionen Euro. Darf es auch mehr sein?

WOLFF: Wer 1,2 Millionen Euro verkraftet, der verkraftet auch 1,4 Millionen. Wo ist jemals ein Finanzplan eingehalten worden? Selbst in der Kirche funktioniert das nicht. Pulheim steht finanziell ganz gut da, obwohl die Stadt schon viele Investitionen gestemmt hat. Außerdem steigen zur Zeit die städtischen Einnahmen.

GZ: Ein Jahr lang prüfte die Verwaltung, ob sie für den Badbau einen privaten Investor an Bord nehmen soll. Nun ist der Plan vom Tisch. Sind Sie erleichtert?

WOLFF: Im Prinzip nicht, denn Private können es immer besser als Behörden. Ich war in der Wirtschaft tätig und habe



Hans Jakob Wolff, 79, saß mehr als 20 Jahre lang für die CDU im Stadtrat. Gegenüber Grünzeug schildert er seine Meinung zum Schwimmbadbau und privaten Investoren.

gesehen, was Unternehmen dort alles auf die Beine gestellt haben und wie fundiert das war. Dabei haben sie dort sehr viel mehr Geld bewegt als die 20 Millionen Euro, um die es bei unserem Bau geht. Also ich hätte schon Vertrauen in einen Privatinvestor gehabt.

GZ: Obwohl gerade im Bäderbereich so viele Kommunen mit Privaten baden gegangen sind?

WOLFF: Klar. Nennen Sie mir doch ein öffentliches Bad, bei dem das anders ist. Das sind auch alles Zuschussbäder. Bei den Kölner Bädern sind die Prognosen nicht einmal annähernd erreicht worden.

GZ: Der Unterschied ist nur, dass ein privater Investor Gewinn machen muss und von vornherein kein einfaches Sportbad plant, sondern eher einen Freizeittempel. Wenn sich der nicht rechnet, bleibt die Stadt auf einem Riesenobjekt mit noch viel höheren Kosten sitzen.

WOLFF: Da hätte man sich vorher rechtlich absichern müssen, das geht schon. Jetzt ist es aber entscheidend für die Stadt, dass Verwaltung und Rat wissen, was sie wollen.

GZ: Was will denn Hans Jakob Wolff?

WOLFF: Ich will vor allem eines verhindern: dass jemals ein Pulheimer Kind ertrinkt, weil es hier nicht schwimmen lernen konnte. Wir müssen die Grundversorgung in unserer Stadt sichern, dazu gehört der Schwimmunterricht in den Schulen. Und auch wenn wir nicht alle Wünsche erfüllen können, müssen wir das Angebot der Vereine weiter verbessern. Schauen Sie sich nur mal deren Wartelisten an! Und wenn wir 20 Saunen bauen müssen, damit es sich lohnt, dann werde ich da eben auch mit schwitzen.

GZ: Wie soll es mit dem Freibad in Stommeln weitergehen?

WOLFF: Das Hallenbad hat oberste Priorität, das Freibad läuft Gefahr, aus finanziellen Gründen geschlossen zu werden. Aber wenn ich sehe, wie eifrig gerade die Stommelner diesen Sommer ins Freibad geströmt sind, und welchen Spaß so viele Menschen dort wieder hatten ...

GZ: Könnte das Freibad nicht von Bürgern betrieben werden, etwa durch einen Verein?

WOLFF: Da besteht die Gefahr, dass ein oder zwei charismatische Personen das Bad führen. Und wenn sie ausscheiden, ist das Projekt gescheitert, weil es keine Nachfolger gibt.

Mit Hans-Jakob Wolff sprach Thomas Roth

Kanalgebühren

Regenwasser in den Kanal – Wider die Vernunft

Seit dem Jahr 2008 werden die Kanalbenutzungsgebühren für Regenwasser auf Basis der versiegelten Grundstücksfläche berechnet. Die Stadt Pulheim verlangt nun auch einen Anschluss der Flächen, von denen bereits seit Jahrzehnten das Regenwasser im eigenen Garten versickert.

In Pulheim gibt es eine große Anzahl vernünftiger Bürgerinnen und Bürger! Sie benutzen das auf ihren Grundstücken anfallende Regenwasser, um damit ihre Gärten zu bewässern. Dies gefällt der Stadtverwaltung und offensichtlich auch der Mehrheit im Rat der Stadt Pulheim nicht mehr, denn für dieses Regenwasser werden keine Abwassergebühren fällig.

Man nötigt deshalb die Bürgerinnen und Bürger, das gesamte anfallende Wasser aller versiegelten Flächen in die öffentliche Abwasseranlage (Kanalisation) einzuleiten und somit Gebühren zu zahlen. Offensichtlich ist es den Verantwortlichen bei der Stadtverwaltung gleichgültig, ob beim nächsten Starkregen die Keller von Bürgern – wie schon öfter geschehen – überflutet werden.

Wenn es nicht so teuer wäre, könnte man alles als Schildbürgerstreich betrachten: Zuerst das Regenwasser unter erheblichen Kosten in den Kanal leiten lassen und später für mehrere Millionen Euro in Regenrückhaltebecken versickern lassen. Da auch der Gesetzgeber erkannt hat, dass es aus verschiedenen Gründen angebracht ist, Regenwasser versickern zu lassen, gehören die vernünftigen Bürger zu den Fortschrittlichen.

Und noch eins sei erwähnt: Eine Nachfrage bei der Unteren Wasserbehörde des Rhein-Erft-Kreises als zuständiger Behörde ergab, dass eine Genehmigung zur Versickerung von Regenwasser nicht erforderlich ist.

Willi Groth, betroffener Pulheimer Bürger

Der fahrlässige Umgang mit unserer Zukunft

Die Spatzen pfeifen es von allen Dächern: Die Energiewende ist unumkehrbar, die Erneuerbaren werden die klimaschädliche Erzeugung aus fossilen Energieträgern zunehmend verdrängen – allerdings nicht in NRW, wenn man die momentane Situation betrachtet.

Was bedeutet „Energiewende“?

Nach allgemeinem Verständnis ist damit die Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Öl, Gas, Torf) und der unbeherrschbaren Atomenergie hin zur Nutzung regenerativer Ressourcen (Wasser, Wind, Sonne, Erdwärme etc.) und damit weg von Verschwendung, Umweltzerstörung und Monopolstrukturen zu Nachhaltigkeit und Dezentralisierung gemeint.

Schwimmt RWE weiter gegen den Strom?

All diesen Entwicklungen zum Trotz hält RWE am Neubau von Braunkohlekraftwerken fest. Nach der Inbetriebnahme zweier neuer Kraftwerke in Neurath rührt der Konzern die Werbetrömmel für den Neubau von zwei neuen Blöcken unmittelbar vor Stommeln Haustür in Niederaußem. Im Frühjahr hat RWE die Änderung des Gebietsentwicklungsplans beantragt. Der Regionalrat hat der Einleitung des Verfahrens zugestimmt. Viele Bürger und Verbände haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, dazu Stellungnahmen einzureichen. Ob diese einen Neubau verhindern werden, bleibt abzuwarten.

RWE setzt im Verteilungskampf um die zukünftigen Energiemärkte offenbar immer noch auf die Karte „Braunkohle um jeden Preis“. Zwar investiert man hier und da auch in Erneuerbare, die Summen sind aber angesichts des Neubaus von fossilen Kraftwerken. Gleichzeitig versucht RWE mit einer riesigen PRKampagne der schwindenden Akzeptanz in der Bevölkerung gegenzusteuern. Warum das alles? Weiß doch auch RWE, dass die Totenglockchen für die fossile Energieerzeugung läuten?

Handelt es sich nur um Rückzugsgefechte, an deren Ende der Verzicht auf den Bau neuer Braunkohlekraftwerke steht? Da die Ratschlüsse des RWE-Vorstands unerforschlich sind, heißt es, wachsam zu sein und die Flamme des Widerstands in Gang zu halten.



Kontaktadresse

Aktionsbündnis Leben ohne BoA
Dipl.-Ing. Rudolf Brands
Zum Ommelstal 97
50259 Pulheim
Tel.: 02238/15253
rudolfbrands@netcologne.de



Was bedeuten noch mehr Kraftwerke für die Menschen vor Ort?

Der Neubau würde weitere massive Beeinträchtigungen hinsichtlich Landschaftsbild, Verschattung, Schadstoffausstoß usw. mit sich bringen, zumal in Neurath seit einem Jahr zwei neue Blöcke laufen, deren Folgen für die lokale Luftsituation bis heute nicht geklärt sind. Der Antrag auf Einrichtung einer Messstation in Stommeln wurde bisher nicht positiv beantwortet, obwohl Stommeln im Schnittpunkt der größten Kraftwerkskonzentration landesweit liegt.

Die Vertreter von RWE hatten im Mai Gelegenheit, dem Stadtrat die Planung für Niederaußem vorzustellen. Im Vorfeld hatte das Aktionsbündnis versucht, auch Vertreter von Umweltverbänden einzubinden, was leider seitens der politisch Verantwortlichen in der Stadt abgelehnt wurde.

Daher handeln wir selber und laden gemeinsam mit den Grünen und der Lokalen Agenda die Stadtverordneten sowie die interessierte Öffentlichkeit für den 15. Januar 2013 zu einer Veranstaltung im Ratssaal mit dem Geschäftsleiter des BUND, Dirk Jansen, ein.

Die Zukunft der rheinischen Braunkohle

Dienstag, 15.1.2013, 19 Uhr
Ratssaal Pulheim

Dirk Jansen
Bund für Umwelt und Naturschutz

Abbildung links: Braunkohle – Technik von heute, morgen oder von vorgestern?



Passend gemacht für's Möbelhaus?

Die Stadt Pulheim hatte die Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes an das Gutachterbüro BBE Handelsberatung in Auftrag gegeben. Parallel hierzu wurde die Auswirkungsanalyse zur Neuansiedlung eines Möbelhauses an das gleiche Büro in Auftrag gegeben. Ein klarer Interessenskonflikt.

Im Herbst 2011 hatte die Stadt Pulheim den ersten Auftrag an BBE vergeben. Im Einzelhandelskonzept sollte untersucht werden, ob die Liste der für die Ortszentren geschützten Sortimente überarbeitet werden muss, also der Dinge, die nur dort verkauft werden dürfen. Parallel zu der Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes beauftragte die Stadt Pulheim dann aber das gleiche Büro mit der Auswirkungsanalyse zur Ansiedlung des Möbelhauses Segmüller hinter der Feuerwache in Pulheim. Nach Vorstellungen der Verwaltung soll hier ein Möbelhaus mit 45.000 Quadratmetern Verkaufsfläche angesiedelt werden. Auf 10 Prozent dieser Fläche sollen auch Sortimente verkauft werden dürfen, die eigentlich nur für die Ortszentren bestimmt sind. Das sind immerhin 4.500 Quadratmeter!

Das Ergebnis beider Untersuchungen überraschte nicht: Die Liste der für Ortskerne geschützten Sortimente wurde angepasst. Lampen, Bettwaren, Teppiche und Spiegel gehören in Zukunft z. B. nicht mehr hierzu. Wie das Gutachterbüro ebenfalls attestiert, soll es durch das Möbelhaus keine gravierenden negativen Effekte für die Ortszentren geben.

Da überrascht es dann schon, wenn kritische Stellungnahmen der Nachbarkommunen vorliegen. Sollte es etwa so sein, dass es Auswirkungen nach Köln, Bergheim, Frechen und Dormagen gibt, nicht aber zu den Geschäften im Pulheimer Zentrum?

Die notwendigen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Ortskerne lassen dagegen auf sich warten. Sie sollen erst in einem zweiten Schritt vorgestellt werden.

GRÜNZEUG



THOMAS ROTH

Rechtsanwälte

Ihre Partner für Ihr gutes Recht ...

Thomas Roth Rechtsanwalt
Familienrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht
Dr. Ute Ploch-Kumpf Rechtsanwältin*
Erbrecht
Sylvie Chada M.A. Rechtsanwältin*
Strafrecht, Sozialrecht, Ausländerrecht
Andrea Sandmeier Rechtsanwältin*
Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht
Antje Müller Rechtsanwältin*
Arbeitsrecht
Andrea Heinrichs Rechtsanwältin*
Schadensersatz, Medizinrecht

Hauptstrasse 42, 50259 Pulheim-Stommeln
Tel. 02238 / 92 29 80, Fax 02238 / 92 29 81
www.kanzlei-roth-partner.de, info@kanzlei-roth-partner.de
Zweigstelle Köln: Ringstrasse 44, 50996 Köln
Tel. 0221 / 340 29-180, Fax 0221 / 340 29-444

*Freie Mitarbeiterin

Fortsetzung von Seite 1

Weitere Planungen

Der verstorbene Architekturprofessor Lambert Rosenbusch erstellte eine Gestaltungsstudie für die Architektur des Guidelplatzes und ließ ein Modell des Platzes bauen. Er betonte die einmalige Bedeutung, die auf Grund der hier zusammentreffenden architektonischen Besonderheiten der Gestaltung dieses Platzes zuzumessen sei.

In 2008 forderte eine Bürgerwerkstatt u. a. auf der Ehrenfriedstraße die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs mit Tempo 20. Sie zeigte auch Möglichkeiten einer weiträumigen Verkehrsplanung zur Entlastung der Ortsmitte auf. Eine zögerliche Politik war jedoch lange Zeit nicht zu entscheidenden Schritten bereit.

Doch die Gold-Kraemer-Stiftung unterstrich mit entschiedener Forderung, dass es für eine Gesamtlösung unabdingbar notwendig sei, auch die Verkehrsproblematik einzubeziehen, im Zentrum eine Dominanz des Fußgängerverkehrs herzustellen und dies mit entsprechender städtebaulicher Gestaltung zu unterstützen. Die Stiftung forderte eine Verkehrsberuhigung im Zentrum sowie eine durchgehende Platzgestaltung des Guidelplatzes bis zur Fassade des Prälaturgebäudes der Abtei. Beide Forderungen stehen in enger Verbindung zueinander und sind auch nach Meinung der Grünen als unverzichtbar für ein Gelingen der Gesamtmaßnahme anzusehen.

Der aktuelle Sachstand

Mit der Einigung über eine Abstufung der durch die Ortsmitte von Brauweiler führenden Landesstraße L 213 zu einer Kreisstraßengelang in einem Gespräch der beteiligten Behörden im

Düsseldorfer Bauministerium ein wesentlicher Durchbruch. Der Kreistag hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Pulheimer Grünen haben diese Entscheidung auf allen Ebenen unterstützt. Damit sind nun Maßnahmen im Sinne der Forderungen der Stiftung möglich und können sogar eventuell über den Rhein-Erft-Kreis als Straßenbaulasträger öffentlich gefördert werden.

Auch erzielte inzwischen die Stadt in Gesprächen mit dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege Fortschritte über die von der Stiftung gewünschte Platzgestaltung: Die Denkmalbehörde zeigt sich nun gegenüber einer vom Architekten Professor Fritschi erarbeiteten und von der Stiftung favorisierten Gestaltungsalternative für den Guidelplatz offen.

Letzte Hindernisse

Noch sind nicht alle Hürden genommen. Im Dezember des Jahres erfolgt die mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht über die Klagen zweier Anlieger gegen den positiven Vorbescheid der Stadt. Eine Einigung der beteiligten Parteien ist zu wünschen, um in öffentlichem Interesse eine weitere Verzögerung des Projektes zu vermeiden.

Weitere Geduld der Bevölkerung ist also erforderlich, und es ist zu hoffen, dass sie belohnt wird. Ebenso sollte der Gold-Kraemer-Stiftung Verständnis entgegengebracht werden. Denn ohne ausreichende Rechtssicherheit kann sie keine weiteren Schritte in Richtung Planung oder gar Bauausführung riskieren. Zu keiner Zeit waren wir jedoch in den vergangenen Jahren der Vision einer zufrieden stellenden und von allen Beteiligten - Verwaltung, Politik und Behörden - getragenen Lösung der städtebaulichen Probleme in der Ortsmitte von Brauweiler näher!

Paul Menz, Dansweiler



Renate Thiel, arbeitet seit 1997 für die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Pulheim.

In GRÜNZEUG befragt sie regelmäßig Mitglieder und Freunde der Partei. Dieses Mal ist es Klaus Groth, Vorstandssprecher der Grünen in Pulheim.

Renate fragt ...

RENATE: Du bist der politische „Allrounder“ der Pulheimer Grünen – stets allumfassend informiert, Ratsmitglied seit vielen Jahren und Sprecher der Partei. Wie bringst Du dies – neben Beruf und Vaterpflichten unter einen Hut?

KLAUS: Oberste Priorität hat hier eine gute Planung des Tagesablaufes. Das allein ist jedoch nicht Alles. Beruf und Vaterpflichten lassen sich nicht verschieben. Das „Hobby“ Kommunalpolitik muss daher drumherum geplant und organisiert werden. Besonders an den Abenden beschäftigt mich dieses Hobby daher schon mal etwas länger.

RENATE: Auch ein Allroundgenie hat politische Schwerpunkte. Für welche Themen machst Du Dich in Pulheim besonders stark, was ist Dir wichtig, und was möchtest Du ändern?

KLAUS: Hier gibt es zwei Schwerpunkte: Erstens das urgrüne Thema Klimaschutz. In Pulheim natürlich verwurzelt mit der Energiewende und der Verhinderung der steinzeitlichen Stromerzeugung durch Braunkohle bzw. dem Bau weiterer Kraftwerke und zweitens der nach wie vor notwendige Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Schmierereien sind nur der öffentlich sichtbare Teil, es gibt aber auch Verbindungen von Pulheimer Neonazis zu verbotenen Organisationen. Pulheim muss ein Ort der Vielfalt bleiben.



Klaus Groth

RENATE: Haben die Grünen die politische Landschaft in Pulheim verändert? Welche Rolle spielen sie heute im Unterschied zu ihren Anfängen vor 25 Jahren?

KLAUS: Die Grünen sind inzwischen eine akzeptierte politische Kraft. Am Anfang war dies noch ganz anders. Selbst kleinste Anträge wurden aus Prinzip abgelehnt. Heute gibt es Gespräche mit allen im Rat vertretenen Parteien und immer wieder gelingt es uns aus der Opposition heraus die Meinung im Rat zu beeinflussen. Bestens Beispiel: Das sehr teure private Finanzierungsmodell für den Neubau des Hallenbades konnte verhindert werden.

RENATE: Wenn Du Dir einen Leitspruch für Dein Leben aussuchen könntest, welcher könnte das sein?

KLAUS: Ein Leitspruch wäre vielleicht: „Die besten Dinge im Leben sind nicht die, die man für Geld bekommt.“ (Albert Einstein)

Nächste Ausgabe: Renate fragt Uwe Zaar

VerteilerInnen gesucht!

Grünzeug erscheint zweimal jährlich im Stadtgebiet von Pulheim. 24.000 Exemplare werden kostenlos in alle Haushalte verteilt. Dabei sind wir auf Hilfe angewiesen. Wir suchen ständig junge Menschen, die ihr Taschengeld aufbessern wollen.

Melden Sie Sich! info@gruene-pulheim.de
02238/15687 (Thomas Roth)

Die Strompreislüge



Liegt es wirklich an der zusätzlichen Abgabe für Erneuerbare Energien, dass die Stromkosten derart explodieren? Die Fakten sehen anders aus, wie der grüne Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer im nachfolgenden Artikel deutlich macht, den wir in Auszügen wiedergeben.

Nicht die erneuerbaren Energien sind Schuld an den hohen Preisen

Der Strompreis für Privatverbraucher ist in den letzten 10 Jahren fast um das Doppelte auf 26 Cent/kWh gestiegen. Die EEG-Umlage, über die Wind-, Wasser-, Solar- und Biogasanlagen eine feste Vergütung für ihren erzeugten Strom erhalten, beträgt derzeit 3,59 Cent/kWh und ist damit nicht einmal für ein Drittel der Kostensteigerungen verantwortlich.

Stromkonzerne profitieren

Die wesentlich wichtigeren Ursachen sind gestiegene Kosten für Steinkohle und Gas, aber auch die explosionsartigen Gewinne der vier großen Stromkonzerne. Sie erhalten großzügige Vergünstigungen, zahlen eine erheblich geringere EEG-Umlage, sind weitestgehend von der Stromsteuer und den Netzentgelten befreit. Begründung: Unternehmen mit hohen Energiekosten, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen von derartigen Sonderabgaben entlastet werden.

Ausnahmeregelungen ungerechtfertigt

Leider profitieren auch Unternehmen von den Ausnahmeregelungen, bei denen von internationaler Konkurrenz keine Rede sein kann, wie die Braunkohle- und Zementindustrie oder Rechenzentren. Allein für 2012 werden ca. 200 Unternehmen von den Netzentgelten befreit! Die Zeche zahlen die Verbraucher und kleinere Betriebe mit geringem Stromverbrauch.

Einheitliche Kriterien

Wir brauchen endlich einheitliche Kriterien für die Industrie bei den verschiedenen (Teil-)Befreiungen und eine wirksame Kontrolle der Preisbildung. Natürlich gibt es den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zum Nulltarif. Aber er ist notwendig und bleibt unter den o.g. Voraussetzungen auch bezahlbar!

Oliver Krischer ist Mitglied des Bundestags und Sprecher für Energiewirtschaft der Grünen Bundestagsfraktion

Zum Tode von Werner Kauth

Öffentliche Geldverschwendung war ihm ein Dorn im Auge. Werner Kauth legte den Finger in die Wunde, wenn nach seiner Meinung die Volksvertreter und -vertreterinnen mit dem Geld der Allgemeinheit allzu leichtfertig umgingen. Und zwar stets im Interesse des Steuerzahlers und ungeachtet parteipolitischer Couleure. Auch die Pulheimer Verwaltung bekam in regelmäßigen Abständen ihr Fett weg. Kein Haushaltsentwurf, den der streit-

bare Bürger Kauth nicht kritisch in seine Einzelteile zerlegte und auf Herz und Nieren, sprich: auf Sparpotential, prüfte. Dass seine Vorschläge häufig niedergestimmt wurden, hat das Engagement von Werner Kauth nicht geschmälert. **Was ihn und uns verbindet:** Politik hat dem Wohl der Allgemeinheit und nicht den Interessen Einzelner zu dienen. So hat er es uns vorgelebt, so ist es uns Verpflichtung. Danke, Werner Kauth!

Besser grün werden als sich schwarz ärgern!

Ja, ich möchte Mitglied bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen an meine Adresse!

Vorname Name

Straße/Nr. PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Bitte ausfüllen und einsenden an: **BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**
Roßackerweg 27, 50259 Pulheim

www.gruene-pulheim.de
info@gruene-pulheim.de
Tel. 0 22 38 – 15 32 4

Die Daten werden ausschließlich zur Zuordnung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Die bunte Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.

Ein frischgebackener Bürgermeister

Mit großen Schritten gehen wir auf die Adventszeit zu. Zeit sich an den Ofen zu begeben und die Familie mit frischem Backwerk zu versorgen. In diesem Jahr präsentieren wir Euch ein Rezept für ein ganz besonderes Plätzchen, welches den meisten hier im Stadtgebiet schmecken dürfte.

Man nehme den Grundteig eines Bürgermeisters. Dann gebe man einen guten Schuss Charisma und Aufrichtigkeit hinzu. Das ganze vermenge man mit Führungsfähigkeit und einem guten Durchblick in die Stadtfinanzen. Im Anschluss lässt man den Teig zunächst ein wenig gehen. Nun rühre man zunächst ein paar Ideen zum Bau eines neuen Hallenbades unter den Teig. Hier sei gesagt, dass die Zugabe der Zutat „Öffentlich-Private-Partnerschaft“ den Teig ungenießbar macht.

Die Zutaten „Offenheit für neue Medien“, „Ausgereifte Konzepte für die Bildungslandschaft“ und „Schaffung ausreichender Kindergartenplätze“ dürfen nicht vergessen werden, um das Plätzchen schmackhaft zu machen. Auch ein guter Schuss „Energiewende“ muss untergerührt werden. Nun schiebe man den Teig in den vorgeheizten Ofen und backe ihn so lange bis das Backwerk eine goldbraune Farbe hat und schön knusprig ist. Es sei auf jeden Fall gesagt, dass das Plätzchen auf gar keinen Fall schwarz werden darf. Nachdem der Teig abgekühlt ist, kann man den „Bürgermeister“ noch mit viel grüner Farbe verzieren und ab der Adventszeit genießen.

Wir wünschen guten Appetit und eine besinnliche Vorweihnachtszeit.
Stefan Lueders

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtverband Pulheim, c/o Rossackerweg 27, 50259 Pulheim
Redaktion: Thomas Roth, Klaus Groth, Anja von Marenholtz, Renate Thiel, Claudia Reischauer
Spendenkonto: Volksbank Erft eG, BLZ 370 692 52, Kto.Nr. 640 344 9030

Druck: Sutorius Printmedien GmbH & Co KG, Bleriotstraße 8, 50827 Köln
Auflage: 24.000 Exempl. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.